



Regierungsrat des Kantons Uri

Auszug aus dem Protokoll

2. Oktober 2012

Nr. 2012-577 R-330-21 Postulat Paul Jans, Erstfeld, zur Förderung des Hotelkredites im Kanton Uri; Antwort des Regierungsrats

1. Inhalt des Postulats

Am 24. Januar 2011 hat Landrat Paul Jans, Erstfeld, mit Zweitunterzeichner Toni Bunsch, Flüelen, ein Postulat eingereicht. Darin wird der Regierungsrat ersucht, die Situation in den Urner Beherbergungsbetrieben zu prüfen und dem Landrat Bericht zu erstatten. Insbesondere soll der Bericht aufzeigen:

1. Ob und wie der Kanton Uri gewillt ist, eine nachhaltige Tourismusedwicklung im Bereich der Beherbergung zu schaffen;
2. welche Möglichkeit eines kantonalen Förderprogramms für die Urner Hotellerie besteht;
3. welche Strategie der Kanton Uri verfolgt zur Förderung aller touristischen Leistungsträger, insbesondere der Hotellerie.

2. Antwort des Regierungsrats

Die Beherbergungsbranche ist stark von der allgemeinen Entwicklung im Tourismusbereich abhängig. Der Tourismus ist in der gesamten Schweiz mit grossen Herausforderungen konfrontiert: Fortschreitende Globalisierung, Veränderung im Nachfrageverhalten, technologischer Fortschritt, Klimawandel sowie strukturelle Defizite. Ausserdem existieren aktuell zusätzliche Unsicherheiten durch das unvorteilhafte Währungsumfeld und die Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative. Dies verändert die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung in den betroffenen Tourismus- und Bergregionen und führt zu einem beschleunigten Strukturwandel. Die genannten Herausforderungen haben insbesondere auch für den Kanton Uri Gültigkeit. Gerade im Bereich der Beherbergung zeigen Beispiele von Betriebsschliessungen in der jüngeren Vergangenheit das schwierige Umfeld auf. Der Regierungsrat des Kantons Uri ist sich dieser Situation bewusst und auch

gewillt, die Instrumente für Massnahmen und Förderprogramme zu nutzen.

Auf Bundesebene sind aktuell Berichte zu den Auswirkungen der Zweitwohnungsinitiative in Erarbeitung, welche Konsequenzen auf die Beherbergungswirtschaft zur Folge haben könnten. Ausserdem sind verschiedene parlamentarische Vorstösse zu diesem Thema hängig. Darüber hinaus hat die Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) kürzlich eine Auslegeordnung zu flankierenden Massnahmen zur Zweitwohnungsinitiative in Auftrag gegeben.

Die Ergebnisse der beschriebenen Prozesse werden bis im Frühling 2013 erwartet.

3. Empfehlung des Regierungsrats

Gestützt auf diese Ausführungen empfiehlt der Regierungsrat dem Landrat, das Postulat zu überweisen.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats (mit Postulatstext); Mitglieder des Regierungsrats; Rathauspresse; Standeskanzlei; Amt für Wirtschaft und öffentlichen Verkehr; Direktionssekretariat Volkswirtschaftsdirektion und Volkswirtschaftsdirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats
Standeskanzlei Uri
Der Kanzleidirektor

